Ulrike Jureit

Vortrag Stuttgart 7. Mai 2025, Hotel Silber (Bitte nur nach Rücksprache zitieren)

Vor achtzig Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Der Angriffs- und Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht kostete schätzungsweise 60 Millionen Menschen das Leben. Kein anderer Krieg der Moderne hat derart viele und mit weit mehr als der Hälfte vor allem zivile Opfer gefordert – kaum verwunderlich also, dass der 8. Mai 1945 als markanteste Zäsur des 20. Jahrhunderts gilt. Es gibt wohl kein anderes Datum, dem eine vergleichbare Veränderungskraft zugeschrieben wird. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die entsprechenden Jahrestage durchaus unterschiedlich gedeutet und emotional aufgeladen. Wie wird es diesmal sein, angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine? Bringt die aktuelle politische Lage neue Impulse für ein Gedenken, das nicht wenige mittlerweile als übermäßig ritualisiert und nichtssagend empfinden? Wie ist es zu erklären, dass trotz der enormen Aufklärungsarbeit der letzten Jahrzehnte rechte und rechtsradikale Gruppierungen enormen Zulauf haben? Sollte der 80. Jahrestag nicht vielleicht auch Anlass für eine kritische Rückschau auf die problematischen Implikationen der ebenso viel zitierten wie oft hoch gelobten deutschen Erinnerungskultur sein? Oder vergewissern wir uns nur ein weiteres Mal, dass wir unsere verbrecherische Vergangenheit vorbildlich aufgearbeitet haben und aufgrund dieser Anstrengungen nun auf der »richtigen« Seite der Geschichte stehen?

Der 8. Mai war schon immer ein politisch umstrittener und ambivalenter Gedenktag. Der 50. Jahrestag des Kriegsendes in Europa am 8. Mai 1995 beispielsweise weckte enorme Erwartungen und dezidierte Befürchtungen. Bereits Wochen vorher wurde angekündigt, das Gedenkjahr 1995 werde alle bisherigen Anstrengungen der kollektiven Vergangenheitsaufarbeitung übertreffen, aber auch der neuen welt- und europapolitischen Lage seit 1989 Rechnung tragen müssen. Die Vermutung, dass diese Herausforderung nicht ohne symbolische Fehlritte zu bewältigen sein würde, mag der Grund für die zum Teil bizarren Verrenkungen von Politikern, Journalisten und Intellektuellen gewesen sein, die allesamt bemüht waren, die schwelende Schlussstrichdebatte in der geschichtspolitisch ja noch ungeübten gesamtdeutschen Gesellschaft halbwegs unter Kontrolle zu halten.

Bundespräsident Roman Herzog sprach beim Staatsakt zwar davon, dass Deutschland den furchtbarsten Krieg entfesselt und deshalb am 8. Mai 1945 auch die furchtbarste Niederlage erlitten habe. Insgesamt betonte er aber, was aus seiner Sicht mit dem 8. Mai 1945 begonnen hatte: »Über die Ruinen, die Gräber und die Lager hinweg sind uns Deutschen Hände der Mitmenschlichkeit gereicht worden.« Mit Blick auf die Frage nach *Befreiung* oder *Niederlage* hob er demonstrativ den Anfang hervor. Als Angehöriger einer Generation, »die den 8. Mai 1945 entweder überhaupt nicht bewusst oder – wie ich – jedenfalls nur im Kindesalter erlebt hat, möchte ich aber sagen, dass ich ihn – wenn auch nachträglich – vor allem als einen Tag begreife, an dem ein Tor in die Zukunft aufgestoßen wurde.«

Zehn Jahre nach der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985, die gemeinhin als die entscheidende geschichts- und erinnerungspolitische Wende in der Vergegenwärtigung des 8. Mai 1945 gilt, waren bestimmte Formeln des Gedenkens bereits eingeübt. Grund genug, sich das fortwährende Deuten, Überschreiben und Aktualisieren des 8. Mai 1945, mithin seine geschichtspolitische Indienstnahme, etwas genauer anzuschauen. Der Historiker Reinhart Koselleck hat mit dem Ausdruck *Überschritt* solche Aneignungs-, Deutungs- und Überschreibungsanstrengungen begrifflich zu fassen versucht. Koselleck stand der kulturwissenschaftlich konnotierten Vorstellung eines kollektiven Gedächtnisses allerdings maximal skeptisch gegenüber. Sie sei eine Fiktion, der allenfalls Realität unterstellt werde, so der Bielefelder Historiker. Der geschichtspolitische Gebrauch der Historie sei vielmehr ein Problem, denn es werde »munter destruiert, konstruiert, rekonstruiert«, um Geschichte »dem jeweiligen Interesse anzupassen oder anzudienen«. Die Akteure, die Koselleck dabei im Blick hatte, nannte er »Vermittlungsinstanzen« oder mit leicht zynischem Unterton auch »Sinnverwalter«. Berüchtigt ist seine bissige Bemerkung über die »sieben großen P's«, die sich dazu berufen fühlten, Narrative zu stiften und zu verbreiten: Politiker, Priester, Professoren, Pädagogen, Poeten, Publizisten und PR-Spezialisten. Die sieben P's arbeiteten daran, durch »Homogenisierung, Kollektivierung, Vereinfachung, Verschlichtung und Mediatisierung« Erzählungen zu konstruieren. Der Überschritt zur kollektiven Ebene erweist sich demnach als anfällig für Ideologisierung, Steuerung und Manipulation.

Bereits ein kursorischer Rückblick offenbart, was solche Überschreibungsvorgänge kennzeichnet und wie sie ablaufen. Die Rede Richard von Weizsäckers bei der Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag 1985 ist hierfür von zentraler Bedeutung. Ihr

wird gemeinhin zugeschrieben, erstmals die Bezeichnung *Befreiung* auch für konservative Kreise salonfähig gemacht zu haben. So sprach von Weizsäcker davon, dass »der 8. Mai [...] für uns Deutsche kein Tag zum Feiern« sei. Gleichwohl handele es sich um einen »Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft«. Zugleich dürfe man »den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen«. Weizäckers Deutungsangebot von *Niederlage* und *Befreiung*, vom Ende, das den Anfang markiert, stieß auf breite, wenn auch nicht uneingeschränkte Zustimmung. Was aber unterschied seine Rede von früheren Deutungen?

Während die provisorische Volkskammer der DDR bereits 1950 den 8. Mai zum »Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus« erklärte und damit den Weg für eine schuldabwehrende Gedenk- und Geschichtspolitik ebnete, taten sich westdeutsche Politiker mit dem NS-Erbe schwerer. In den Nachkriegsjahren dominierte die selbstmitleidige Rede von der erlittenen Niederlage, oftmals gepaart mit einer schwer erträglichen Selbstviktimsierung und der ungenierten Verklärung des selbst verursachten Totalbankrotts zur *Stunde Null*. Und dennoch waren zwischen 1945 und 1985 immer auch andere Aspekte präsent. Bundespräsident Theodor Heuss sprach bereits 1949 im Parlamentarischen Rat davon: »Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.« 1965 deutete Bundeskanzler Ludwig Erhard den 8. Mai als Ergebnis des »geistigen und moralischen Verfalls« während der NS-Zeit, ohne allerdings explizit zwischen den deutschen und den von ihnen ermordeten Opfern zu unterscheiden. Eine Befreiung sei der 8. Mai 1945 vor allem deswegen nicht gewesen, weil auch danach die Freiheit von Menschen und Völkern mit Füßen getreten worden sei. Erhard betonte, was mit dem 8. Mai begann: Wiederaufbau, Westintegration, Wohlstand. Fünf Jahre später war es Bundeskanzler Willy Brandt, der in seiner eher nüchternen Regierungserklärung zwar von der persönlichen und nationalen Not der Deutschen am 8. Mai 1945 sprach, dann aber betonte, dass damit für andere Völker die »Befreiung von Fremdherrschaft, von Terror und Angst« verbunden war. Auch für die Mehrheit des deutschen Volkes sei daraus später die Chance zu einem Neubeginn erwachsen. Ansonsten konzentrierte sich Brandts Rede auf die Förderung der Demokratie, die Friedenswahrung und die Entspannungspolitik.

Die Erzählungen folgten über die Jahrzehnte hinweg vor allem vier Prinzipien. Erstens sind sie auffällig gegenwartsbezogen und in ihren jeweiligen historischen Kontexten verankert. Zweitens nehmen die Reden oft direkt oder indirekt Bezug auf vorangegangene Ansprachen und positionieren sich zu deren Schwerpunkten und Deutungsangeboten. Drittens synchronisieren die Erzählungen durch Begriffsbildungen oder Metaphorisierungen (Stunde Null) die doch extrem heterogenen Erfahrungen, die mit dem 8. Mai 1945 in Europa und weltweit verbunden sind. Sie machen Deutungsangebote, die oft so allgemein sind, dass sich möglichst viele darin wiederfinden können. Und viertens tendieren die meisten dieser Reden zur Vereindeutigung. Sie wägen zwar oft unterschiedliche Perspektiven gegeneinander ab, aber nur wenige lassen die letztlich unauflösbaren Gegensätze und Ambivalenzen nebeneinanderstehen oder konfrontieren sie gar miteinander. Das ist bei von Weizsäcker nicht anders als bei Heuss und Brandt. Was von Weizäckers Rede jedoch auszeichnet, ist sein in Aussicht gestelltes Erlösungsversprechen:

»Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. (...) Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. (...) Gerade deswegen müssen wir verstehen, dass es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben. Das Vergessen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.«

Mit dieser Passage stellt Weizsäcker für aufrichtiges Erinnern Versöhnung in Aussicht – ein Angebot für eine Nachkriegsgesellschaft, die sich in der zweiten Generation ohnehin schon intensiv um die Aufarbeitung der überlieferten Schuld bemühte. Das staatspolitisch bekräftigte Erlösungsversprechen bestärkte eine geschichtspolitische Selbstermächtigung, deren Wirkung wohl kaum zu überschätzen ist. Das hatte gravierende Folgen: Das jüdische Erinnerungsgebot wurde nicht nur als Aufforderung zur gemeinschaftlichen Vergegenwärtigung der verbrecherischen Vergangenheit aufgefasst. Es wurde auch als Vorschrift missverstanden und zudem mit dem christlichen Erlösungsversprechen verbunden. Wer nur aufrichtig und intensiv genug an den Nationalsozialismus erinnere, der dürfe auf Versöhnung, ja auf Erlösung von der überlieferten Schuld hoffen – so jedenfalls

verstanden viele von Weizsäckers Ausführungen. Weizsäcker stellte eine Art »innere Befreiung« in Aussicht, von der Bundespräsident Frank Walter Steinmeier dann 2020 behauptete, dass die Anstrengungen der Vergangenheitsaufarbeitung Teil eines Befreiungsprozesses seien, den es fortzusetzen gelte. Angesichts der Schwere des begangenen Unrechts ist eine solche Hoffnung durchaus nachvollziehbar, wenn auch abwegig. Dennoch wirkte das Angebot wie ein Signal für die zu steigernden geschichts- und gedenkpolitischen Anstrengungen. Vor allem staatliche Institutionen wurden nun zu den Hauptakteuren einer sich rasant entwickelnden Erinnerungskultur, die sich vor allem mit den Opfern der NS-Verfolgung identifizierte.

Es gehört zu den zentralen Missverständnissen dieses opferidentifizierten Gedenkens, dass ein religiöses Heilsversprechen in ein säkulares System der Vergangenheitsbearbeitung transformiert wird, ohne über die damit verbundenen Verheißungen Rechenschaft abzulegen. Das Unbehagen, das dieses opferidentifizierte Erinnern seit längerem schon erzeugt, hängt auch mit diesem nicht einzulösenden Versprechen zusammen. Denn der in Aussicht gestellte Zustand moralischer Entlastung will sich auch nach Jahrzehnten intensiven Bemühens, Bereuens und Gedenkens partout nicht einstellen. Auch 80 Jahre nach Kriegsende nicht.

Ein weiteres Problem ist die mal mehr, mal weniger ausgeprägte Verengung der Perspektive auf vor allem jüdische Opfer der NS-Verfolgung. Das hat in den letzten achtzig Jahren immer wieder zu teils massiven Kontroversen geführt. Erinnert sei hier u.a. erstens an die langjährigen Auseinandersetzungen über das Gedenken an die Opfer des Stalinismus nach 1989 und dessen Verhältnis zur Holocausterinnerung oder aber zweitens an die fast zehnjährige Debatte über das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Wem kommt zu welcher Zeit welche offizielle Anerkennung zu? Gibt es Opfer zweiter und dritter Klasse? Forciert unsere auf mediale Aufmerksamkeiten und finanzielle Entschädigungsansprüche fixierte Erinnerungskultur quasi automatisch gewisse Opferkonkurrenzen, die im Falle der NS-Verfolgung nicht selten die Kategorisierungen der entsprechenden Verfolgungsinstanzen reproduzieren?

Wir leben gegenwärtig nicht nur, wie unser ehemaliger Bundeskanzler sagte, in einer Zeitenwende, sondern wir erleben auch einen tiefgreifenden geschichtskulturellen Umbruch.

Drei Aspekte seien hier genannt, die diesen Umbruch ausmachen (es gibt sicherlich noch mehr).

Den ersten Aspekt würde ich darin sehen, dass wir 80 Jahre nach Kriegsende heute endgültig und definitiv in eine Zeit übergehen, in der es keine biografischen Erinnerungen mehr an den Nationalsozialismus gibt. Als ich in den 1990er Jahren angefangen habe in einer Gedenkstätte zu arbeiten, war schon davon die Rede, dass die Zeitzeugen sterben. Und heute sind jene, die bei Kriegsende geboren wurden, 80 Jahre alt. Unverkennbar ist: Wir müssen zeitgeschichtlich akzeptieren, dass es eine erlebnisbezogene Erzählung zu dieser Zeit nicht mehr geben wird. Was bedeutet das? Auf vielerlei Ebenen sind damit natürlich persönliche Verluste verbunden, das ist das eine, aber wissenschaftlich und auch geschichtskulturell bedeutet es auch, dass sich die Impulse der Augenzeugen nicht mehr mit unserer Beschäftigung weiterentwickeln werden. Sicher: Wir haben Quellen gesammelt, schriftliche Berichte, Filme, Videos, es gibt sehr viel Material, aber dieser Stand wird in gewisser Weise eingefroren. Er entwickelt sich nicht mehr weiter und das wird Auswirkungen haben auf unsere Geschichtsschreibung, aber natürlich auch auf das, was gemeinhin Geschichts- oder Erinnerungskultur heißt.

Der zweite Punkt, den ich nennen möchte, bezieht sich darauf, dass es sich in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren eingebürgert hat, dass eigentlich jegliches Reden über Vergangenheit als Erinnern missverstanden wird. Ich glaube, dass die Zeitgeschichte gut daran tut, nicht nur das inflationäre Reden über Erinnerung, sondern auch die dahinterstehende Theoriebildung entschieden zurückzuweisen. Wir müssen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten kommen. In der Übertragung eines individuellen Erinnerungsbegriffs auf kollektive Prozesse liegt theoretisch sehr viel im Argen. Was verbirgt sich mittlerweile eigentlich alles hinter diesem Erinnerungsbegriff? Der Begriff wirft analytisch mehr Fragen auf als er Antworten gibt. Der bereits genannte Umbruch fordert uns daher auch dazu auf, kritisch Bilanz zu ziehen über das, was sich nach 1989/1990 geschichtspolitisch, aber auch erinnerungskulturell in Deutschland entwickelt hat. Wir haben es mit einer ganz spezifischen Ausprägung von Erinnerungskultur zu tun, bei der wir doch heute feststellen müssen, wie stark sie verengt war, wie stark sie sich auf bestimmte Opfergruppen, auf bestimmte Themen, auf bestimmte Darstellungsformen fokussiert hat. Und wir müssen kritisch fragen: Geht diese Aufarbeitungsära, wie Martin Sabrow das vor

kurzem genannt hat, zu Ende? Befinden wir uns in einer fundamentalen geschichtspolitischen Krise? Und ist mit dieser Krise auch eine Krise des Historischen generell verbunden? Gerade wenn wir uns aktuelle Debatten um Straßenumbenennungen, über den Umgang mit Denkmälern und mit historischer Materialität anschauen, dann ist die Krise des Historischen, auch in Form seiner manipulativen Verwendung, unübersehbar und diese Infragestellung wird ein zentrales Thema sein, mit dem wir uns in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben.

Ein dritter Punkt ist, dass wir eine rasante Pluralisierung von Geschichtsbildern erleben. Diese Tendenz besteht sicherlich schon etwas länger, aber die Fragen, die sich gegenwärtig damit verbinden, sind sehr kontrovers. Gerade die Debatte um den Postkolonialismus und die Vergleichbarkeit von kolonialen und nationalsozialistischen Verbrechen macht aktuell deutlich, welches kontroverse Potential in der Pluralisierung von Geschichtsbildern steckt. Das Tabu, den Holocaust mit anderen Formen von Massengewalt zu vergleichen, so die postkoloniale Argumentation, diene der „Abwehr einer Debatte über koloniale Verbrechen“, und zielen auf, „die unkritische Rettung einer europäischen Moderne, die Sicherung einer weißen hegemonialen Position im Inneren und die dominierende Stellung des ‚Westens‘ nach außen“. Nicht „ritualisierte Erinnerung und Beschwörung der pauschalen Unvergleichbarkeit des Holocausts“ seien die Lösung, sondern vor allem das von Michael Rothberg vertretene Konzept der multidirektionalen Erinnerung sei geeignet, „den historischen Ort des Holocausts in der globalen Geschichte“ auszuloten. Welche Bedeutung hat oder soll der Holocaust in dieser Vielfalt von Geschichtsbildern haben, die sich schlichtweg aus den demographischen und kulturellen Veränderungen unserer Gesellschaft, Stichwort Einwanderungsgesellschaft, ergibt? Welchen Platz haben andere Verfolgungs-, andere Kriegserfahrungs- und Fluchtgeschichten? Daran wird ja noch einmal deutlich, wie stark sich der Gegenwartsbezug jeweils auswirkt, wenn wir solche Debatten führen. Die Forderung nach multidirektionaler Erinnerung ist hierfür geradezu symptomatisch, da sie einerseits zwar auf grundlegende Probleme geschichtskultureller Praxis hinweist, gleichzeitig aber auch ausblendet, dass es diese multidirektionalen Formen und Herausforderungen schon lange gibt und diese auch immer schon kontrovers diskutiert werden. Darüber hinaus nimmt auch dieses Konzept „nur“ bestimmte Opfergruppen in den Blick. Unsere Geschichtskultur steht aber vor einer weitaus größeren Herausforderung: Das gemeinschaftliche Gedenken an die Opfer des Stalinismus sowie an die unterschiedlichen

Opfergruppen des NS (politische Oppositionelle ebenso wie sog. Berufsverbrecher) habe ich bereits genannt, darüber hinaus geht es auch um die Vergleichbarkeit mit den Kolonialverbrechen wie auch das Verhältnis zu den Debatten über sog. „deutsche Opfer“ – Zeigt sich nicht spätestens hier einerseits die Fragwürdigkeit der zugrunde gelegten Kategorien Opfer/Täter, auf die wir andererseits aber doch weder politisch noch rechtlich und historisch verzichten wollen und können? Hinzu kommen aktuelle Gewalt-, Kriegs- und Fluchterfahrungen, die geschichtskulturell herausfordern, sei es durch strukturelle erinnerungskulturelle Wandlungsprozesse in Einwanderungsgesellschaften, sei es durch aktuelle Kriegs- und Vertreibungspolitiken in- und außerhalb Europas.

In diesem ambivalenten und durchaus verminten Gelände bewegt sich schließlich das Projekt, um welches es hier heute Abend geht. 196 Orte, an denen der Zeit des NS gedacht wird, an Einzelpersonen und Regimenter, an Luftkriegstote und Euthanasieopfer, an Widerstandskämpfer und „gefallene Söhne“. Manche Orte sind repräsentativ gestaltet, andere unscheinbar oder verwahrlost, und doch laden alle auf ihre Weise ein, sich mit dem zu beschäftigen, wovon sie erzählen. Der entscheidende Satz in der Projektbeschreibung der Initiatorinnen scheint mir zu sein, dass diese Dokumentation eine Bandbreite von Erinnerungsorten in „großer Widersprüchlichkeit“ zeige. Darüber gilt es nachzudenken, darüber gilt es zu diskutieren, da sich hier meines Erachtens genau das zeigt, was anderswo oftmals aus dem Blick gerät: Die Unaufgeräumtheit und auch die manchmal schwer erträgliche Gleichzeitigkeit dessen, was wir oftmals sehr leichtfertig einfach *Geschichte* nennen.